

Umfairteilung erwünscht!

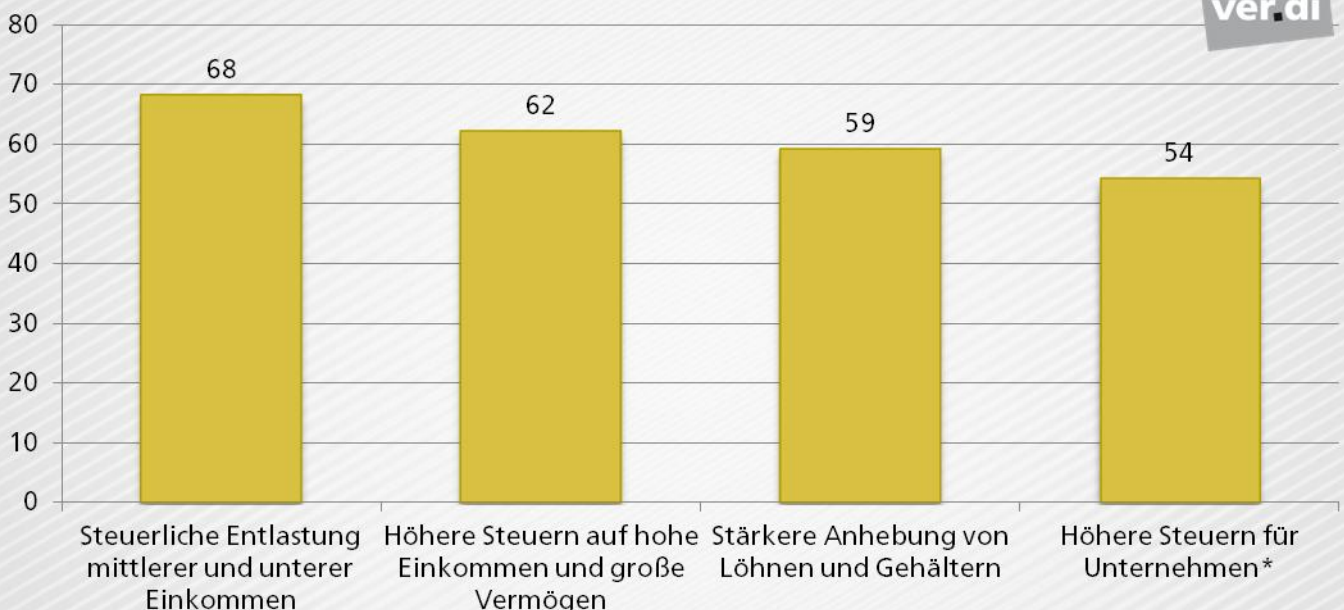
Deutschland wird ungleicher: Hohe Vermögen und Einkommen wachsen. Niedrige und mittlere Einkommen bleiben zurück. Arbeit wurde entwertet und entgrenzt. Heute lebt mehr als jede/r Dritte in einem Haushalt mit Niedrigeinkommen (vor Steuern und Abgaben). Spiegelbildlich kommt mehr als jede/r Sechste aus einem reichen Haushalt.

Nun verteilt der Sozial- und Steuerstaat nachträglich um – er erhebt Steuern sowie Sozialbeiträge und finanziert damit öffentliche Leistungen, darunter auch Sozialleistungen. Das macht er allerdings in immer geringerem Maße: Seit Ende der 1990er Jahre ist die Abgabenquote gesunken. Der Grund dafür waren Steuersenkungen für Unternehmen und hohe Einkommen, die Abschaffung der Vermögensteuer und Entlastungen bei

Sozialbeiträgen vor allem für Arbeitgeber. Zugleich wurde „gespart“: Sozialleistungen wurden abgebaut, öffentliche Ausgaben zusammengestrichen. Im Ergebnis nahm die Ungleichheit auch nach staatlicher Umverteilung zu. Der Anteil derer, die in Haushalten mit Niedrigeinkommen leben, stieg von 2000 bis 2013 von 6,5 auf 8 Prozent. Spiegelbildlich wuchs auch der Anteil der Menschen in Haushalten mit hohen verfügbaren Einkommen von 10,5 auf 14,2 Prozent.

Rück-Umverteilung ist also dringend nötig – und wird auch gewünscht. Hierzulande halten mehr als vier von fünf Bürgerinnen und Bürger die Ungleichheit für zu groß. Die Zustimmung zu mehr steuerlicher und sozialstaatlicher Umverteilung ist hoch. Jetzt ist die Politik am Zug. Ver.di fordert mehr Gerechtigkeit!

Mehr Umverteilung erwünscht Zustimmung zu einzelnen Maßnahmen in Prozent



ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung, "Wachsende Ungleichheit als Gefahr für nachhaltiges Wachstum", 2016, eigene Darstellung und Berechnung. * = Antwortvarianten "Stimme voll und ganz zu" und "Stimme eher zu".